

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1973/74

LINZ 1974

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

I N H A L T

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Rudolf Ar d e l t (Linz): Geschichte des Linzer Karmelitenkonvents (Mit Strichklischee auf S. 53).	11
P. Raimund B r u d e r h o f e r , OCD (Linz): Kirchenfeste der Linzer Karmeliten in der Barockzeit	63
P. Leo M ö s t l , OCD (Linz): 300 Jahre Karmelitenkirche in Linz (Bildtafeln I bis XVI)	131
Georg W a c h a (Linz): Dreihundert Jahre Wasserapotheke (Mit Klischees auf S. 212 und 215 und Bildtafeln XVII bis XXVIII)	177
Helmut F e i c h t e r (Taufers): Das Linzer Programm (1926) der österreichischen Sozialdemokratie	233

Rückschläge in der Politik der Kommunistischen Internationale, die mit Parteispaltungen verbunden waren, charakterisierte sie als den Beginn der „Verösterreicherung“ der KP. Die Einheitsfrontpolitik, die in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichem Erfolg angewandt wurde, versagte in Österreich vollkommen. Den österreichischen Kommunisten gelang es nie, eine nennenswerte Bresche in die Sozialdemokratie zu schlagen. Die einzige diesbezügliche brenzlige Situation vor dem 15. Juli 1927 entstand durch die Frage der Rußlanddelegationen. Die Erfahrungen der anderen Länder hatten zur Vorsicht gemahnt, denn eine Reihe von sozialdemokratischen Arbeitern wechselte zum kommunistischen Standpunkt. Man konnte sich jedoch nicht direkt gegen die Delegationen wenden, denn das hätte der offiziellen Linie gegenüber Sowjetrußland widersprochen und man wäre in gewissem Gegensatz zu den mit Begeisterung nach Rußland blickenden Arbeitern gekommen. 1921 konnte die Entsendung einer Delegation noch mit der Begründung abgelehnt werden, daß es ohnehin schon genügend Informationen gebe und einer Delegation vor allem eine politische Bedeutung zukomme.¹⁴⁹ Schwieriger wurde es Mitte der zwanziger Jahre, insbesondere nach der englischen Rußlanddelegation, die beträchtliche propagandistische Arbeit entfaltete.¹⁵⁰ Als sich auch in Österreich ein Komitee von Kommunisten und Sozialdemokraten bildete, zog Otto Bauer auf der aus diesem Grunde einberufenen Vertrauensmännerkonferenz alle rhetorischen Register, um den Genossen die Fahrt nach Rußland auszureden.¹⁵¹ Diese Fahrt fand aber dennoch statt und als die sozialdemokratischen Mitglieder über ihre Erfahrungen berichteten, zerlegte sie Bauer nach Strich und Faden. Damit wollte er eine für die Kommunisten günstige Auswertung der Reiseeindrücke unmöglich machen. Er versuchte den Nachweis zu erbringen, daß die unter diktatorischen Bedingungen durchgeführte Aufbauarbeit in Sowjetrußland bei weitem nicht die Leistungen der sozialdemokratischen Reformpolitik in Wien erreicht hätten. Sever konnte die Versammlung mit den Worten schließen, daß es für die Genossen nützlicher gewesen wäre, sie hätten sich „vorher angeschaut, was wir in Wien an sozialistischer Aufbauarbeit machen“.¹⁵²

Während in der Theorie von gemeinsamen Aktionen des „gespaltenen Proletariats“ die Rede war, war in der Praxis davon nichts zu finden. Die aufgerichtete Scheidewand konnte nur in einer Richtung hin durchlöchert werden: wenn einzelne Kommunisten ins sozialdemokratische Lager wollten.

Angesichts dieser Tatsache mutet das Auftreten der österreichischen Sozialdemokratie auf internationalen Kongressen seltsam an. Hier nahm sie stets eine Linksaußenposition ein, sprach von der Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung und wandte sich gegen jeden direkten Angriff auf Sowjetrußland. In der Haltung zu Rußland traf sie sich mit der englischen Labour Party, der am meisten reformistischen Partei, die von den Österreichern wegen ihrer Rußlandpolitik von rechts kritisiert wurde.¹⁵³ Das beweist, daß von der Rußlandpolitik nicht einfach auf das eigene Land geschlossen werden und eine schwankende Haltung zu den Kommunisten abgeleitet werden kann. Die Engländer sagten: „Ich bin für den Bolschewismus in Rußland, nicht in England.“¹⁵⁴ So weit gingen die Österreicher nicht, sie hielten auch den Bolschewismus in Rußland für keine Perspektive.

Der Bolschewismus sei aus den spezifischen russischen Bedingungen entstanden und könne unter gewissen Umständen ein fortschrittliches Element in der russischen Innenpolitik sein.¹⁵⁵ Er sei der eiserne Besen, durch den alle feudalen, absolutistischen Verhältnisse hinweggefegt worden seien. Durch besondere Umstände sei die russische Arbeiterklasse vorübergehend zur Macht geschleudert worden; da die russische Revolution ihrem Inhalt und ihren Zielen nach eine bürgerlich-demokratische sei, müsse die proletarische Diktatur wieder einem demokratischen Regierungssystem Platz machen. Die Politik der Bolschewiki beruhe auf der Illusion, die Arbeiterklasse in einem Land an der Macht halten zu können, wo sich der Kapitalismus noch nicht voll durchgesetzt habe und die Arbeiterschaft daher noch die Minderheit der Bevölkerung darstelle. Mit Notwendigkeit führe eine solche Politik zu einer Diktatur über das Proletariat und schließlich zu ihrer eigenen Auflösung. Die offene Frage war nur, wie der Sturz der Bolschewiki zustande kam. Ob dazu ein gewaltsamer Aufstand oder eine Intervention nötig sei, oder ob die Bolschewiki vernünftig genug seien, sich nicht dem notwendigen Entwicklungsprozeß entgegenzustemmen und daher eine organische Überführung der Diktatur in die Demokratie ermöglicht würde. Otto Bauer und die Linke hielt die letztere Perspektive für realistisch und trat aus diesem Grund allen Interventionsplänen entgegen. Eine Intervention oder ein Aufstand würden der russischen Konterrevolution an die Macht helfen und dies würde wiederum unübersehbare Auswirkungen für die westeuropäische Arbeiterbewegung haben.

In Rußland selbst werde nicht der Sozialismus aufgebaut, es würden sich nur einige wenige sozialistische Wirtschaftsformen inmitten von kapi-

talistischen und kleinbäuerlichen entfalten. Mit der Herstellung demokratischer Zustände würde sich dann auch der Kapitalismus und eine Industrie herausbilden und eine starke Arbeiterklasse, die dann mit demokratischen Methoden den Übergang zum Sozialismus vollziehen könne. Alle Analysen Otto Bauers in den zwanziger Jahren gingen davon aus, daß das bolschewistische Regime an der notwendigen Industrialisierung scheitern müsse. Als der erste Fünfjahresplan Anfang der dreißiger Jahre durchschlagende Erfolge brachte, änderte Bauer seine Haltung und zog in Erwägung, daß Rußland unter Umgehung der kapitalistischen Phase den Sozialismus aufbauen könne. Rußland sei zwar nicht ein sozialistisches Land, aber in der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die durch eine vollständige Demokratisierung des Sowjetregimes ihren Abschluß finden könne.

Dem Bolschewismus zollte man insofern Verständnis, als er als Produkt des zaristischen Despotismus entstanden und groß geworden sei. Es war Angelegenheit des russischen Volkes mit ihm fertigzuwerden. In die innenpolitischen Angelegenheiten wollte man sich nicht einmischen. Etwas ganz anderes sei jedoch die Außenpolitik Sowjetrußlands und die Politik der Kommunistischen Internationale.

Zur russischen Revolution bekannte man sich als „zur bewegenden Kraft eines ungeheuren Geschehens“.¹⁵⁶ Sie war Resultat des Kampfes der russischen Arbeiterklasse, nicht etwa des Bolschewismus. Die Bolschewiki hätten sie nur für ihre eigenen Zielsetzungen ausgenützt. Daß der Bolschewismus aber überhaupt entstehen konnte, war nur aus der russischen Rückständigkeit zu erklären, aus den alten feudalen Verhältnissen, die zugleich eine kleine, aber bewußte Arbeiterklasse in sich bargen, die nach der Macht drängte.

Ganz anders hingegen die kommunistischen Parteien im Westen. Sie waren Produkte der Einwirkung von außen, des Versuchs, die proletarische Bewegung in Europa nach russischem Vorbild umzumodeln. Der Bolschewismus war insofern zu bekämpfen, als er sich der Kommunistischen Internationale bediente, um sich in Angelegenheiten der europäischen Arbeiterbewegung einzumischen. Das hätte zu ihrer Spaltung geführt und dem Proletariat ungeheuren Schaden begefügt.

Die Innenpolitik des Bolschewismus, die diktatorische Herrschaftsausübung wurde zwar kritisiert, aber nicht verdammt und man wollte sich in sie nicht einmischen. Seine Außenpolitik wurde hingegen schärfstens verurteilt. So wurde es möglich, die Frage der Internationale von der Frage Sowjetrußlands zu trennen. Julius Braunthal führte dazu aus: „Der

Bolschewismus tritt dem mittel- und westeuropäischen Sozialismus in zweifacher Gestalt entgegen: in der konstruktiven Idee, die sich in der russischen Sowjetrepublik verkörpert, und in der destruktiven Idee, die in den kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas Gestalt gewinnt und deren Wirksamkeit zur Zersetzung und Zerspaltung der Arbeiterbewegung führte. Dieser Doppelcharakter des Bolschewismus drängt die Arbeiterklasse in eine widerspruchsvolle Stellung: in Sowjetrußland verteidigt die Arbeiterklasse ihre große Kommune . . . , gleichzeitig aber gebietet ihr der eigene Existenzkampf, den Bolschewismus im eigenen Lande, der die großen alten Organisationen des Proletariats unterhöhlt und unterminiert, zu bekämpfen. Bildet Sowjetrußland das gewaltige europäische Bollwerk gegen die europäische Konterrevolution, so wird die bolschewistische Praxis in den mittel- und westeuropäischen Ländern, indem sie durch Zerspaltung der Arbeiterklasse ihre Aktionskraft lähmt, objektiv zur Wegbereiterin der Reaktion.“¹⁵⁷ So konnte man einerseits von der bedingungslosen Unterstützung Sowjetrußlands im Fall einer Intervention sprechen und gleichzeitig die Kommunisten bekämpfen. Eine Sympathie für die Bolschewiki ist daraus nicht abzuleiten. Im Gegenteil: Unterstützung Sowjetrußlands und Gegnerschaft zu den Bolschewiki schlossen sich ein. Bauer ergriff niemals für die Bolschewiki, sondern für die russische Arbeiterklasse Partei, deren ganze Schöpferkraft Sowjetrußland hervorgebracht habe und die von den Bolschewiki mißbraucht worden sei. Er differenzierte genau zwischen russischer Revolution, Bolschewismus und Kommunismus in Europa. Das ermöglichte ihm eine „kritische“ Haltung zu Sowjetrußland und eine kompromißlose zu den Kommunisten im eigenen Land. Sein Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung hieß vor allem Zurückdrängung des bolschewistischen Einflusses in Europa, Zurückdrängung der Kommunisten, der Ursache der Spaltung. Die Einheit der Arbeiterbewegung, die Otto Bauer meinte, war eine Einheit auf sozialdemokratischer Grundlage, kein Kompromiß zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus.

Neben dieser offiziellen Position der österreichischen Sozialdemokratie gab es auch noch die Privatmeinungen, die immer wieder an die Oberfläche kamen. Karl Leuthner zum Beispiel war der Meinung, daß der Kommunismus vor allem ein Staat sei, über dessen Kerkern die rote Fahne wehe. In den Kerkern seien „mehr Menschen erwürgt worden als in den Tagen Nikolaus I.“. Nach außen verfolge er dieselbe imperialistische Politik wie die Zaren, nur viel klüger. Im Westen sei der Kommunismus alles andere als eine sozialistische Partei, sondern „nichts anderes

als die parteigewordene Kriegspsychose eines Teils der Arbeiter“.¹⁵⁸ Diese Auffassungen wurden von Otto Bauer nicht etwa völlig verworfen, sondern als „viel zu weit gehend“ bezeichnet und er forderte auf, nicht „in dem Ton über die internationale kommunistische Bewegung zu sprechen, wie es Leuthner getan hat“.¹⁵⁹ Die kommunistischen Parteien seien in jedem Land etwas anderes und man dürfe sie nicht einfach über einen Kamm scheren. In Österreich seien sie zwar nur „eine Tischgesellschaft der vereinigten Nörgler aus den Reihen der Arbeiter“, in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder der Tschechoslowakei stellten sie jedoch eine Massenbewegung dar, über die man nicht einfach hinweggehen könne. Den Kampf gegen sie müsse man nicht als Kampf gegen den Feind, sondern „als Kampf gegen irrende Brüder führen“. So schädlich ihre Politik für die Arbeiterklasse auch sei, man dürfe die Brücke zu den kommunistisch gesinnten Arbeitern nicht abreißen lassen, es müsse jedem die Möglichkeit gegeben werden, zur Sozialdemokratie zurückzukehren.¹⁶⁰ Man zog keine Trennungslinie nach links, weil die Kommunisten auch Arbeiter waren und daher „das Ringen um die Seelen dieser Arbeiter“ nicht aufgegeben werden dürfe.¹⁶¹ Diese Haltung kommt sehr gut zum Ausdruck in einem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ nach den Wahlen 1927, wo die Kommunisten knapp 16.000 Stimmen auf sich vereinigen konnten: „Wir Sozialdemokraten in Österreich werden wahrlich nicht allzu viel gewinnen, wenn die paar Tausend ehrlichen Arbeiter, die kommunistisches Sektierertum noch fern von uns hält, zu unserer großen Gemeinschaft zurückfinden. Aber uns tut es leid um jeden einzelnen Arbeiter, der außerhalb unserer großen Gemeinschaft bleibt.“¹⁶²

Im Alltagsleben gab es keinen Kompromiß mit den Kommunisten, dort wurde nicht viel von der Vereinigung der Arbeiterbewegung in Österreich gesprochen, denn diese sei ohnehin schon in der Sozialdemokratie hergestellt. Auf den internationalen Kongressen war das anders. Hier sprachen die Linken von der „gemeinsamen Aktion“ des Proletariats, vertraten auf der Linie „Hände weg von Sowjetrußland“ die Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Nach der Rückkehr vom Marseiller Kongreß der Sozialistischen Internationale berichtete Otto Bauer über das „kaum verständliche Ausmaß der leidenschaftlichen Erbitterung gegen den Bolschewismus, die in einer Reihe von sozialistischen Parteien besteht“.¹⁶³ Den Österreichern sei sie fremd, denn dazu hätten sie keinen Grund. Wenn sich einmal ein junger Arbeiter zu den Kommunisten verirren würde, so nehme man das nicht weiter ernst, denn man wisse, „daß er, bis er älter und gescheiter sein wird, zu uns

zurückfindet“.¹⁶⁴ In anderen Ländern seien die Kommunisten jedoch eine starke Kraft, die Gegensätze in der Arbeiterbewegung äußerst schroff und daher könnten sich die kommunistischen Arbeiter nur in gemeinsamen Aktionen von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik überzeugen. Wenn man keine bewußten Anstrengungen zur Herstellung einer Aktionseinheit unternahme, würden sich die Fronten weiter ausdehnen und die Herstellung der Arbeitereinheit auf sozialdemokratischer Grundlage in die Ferne geschoben.

3. Die Stellung in der Sozialistischen Internationale

Gänzlich verschieden von der Haltung zu den Kommunisten war die Haltung gegenüber dem rechten Flügel der internationalen Sozialdemokratie, den Reformisten. In der ersten Zeit nach dem Krieg war ihre Politik in der Arbeiterbewegung hauptsächlich bestimmt durch das Zurückdrängen der kommunistischen Offensive, während die Differenzen zu den Reformisten weitgehend zurückgestellt und in der Öffentlichkeit fast überhaupt nicht ausgetragen wurden.¹⁶⁵ Es war dies die Zeit, in der die sozialdemokratischen Führer als Minister in Koalitionsregierungen saßen und als solche mit ihren Genossen verkehrten. Die Koalition ging auch an der österreichischen Sozialdemokratie nicht spurlos vorüber. Im Kampf gegen die Kommunisten hatte sie sich eindeutig auf den demokratischen Weg festgelegt. Darüber konnten auch einzelne Phrasen über die proletarische Diktatur nicht hinwegtäuschen. Durch die Regierungsbeteiligung hatte sie gezeigt, was sie in Wirklichkeit war: eine sozialistische Reformpartei. Die linke Führung wollte das jedoch nicht offen eingestehen und ein Faktor, der sie in ihren Illusionen bestärkte, war ihre Politik in der Internationale.

1919 war in Moskau die Kommunistische Internationale als Vorhut des Weltproletariats gegründet worden. Zur gleichen Zeit taten sich in Bern die alten Reformistenführer zum Zweck einer Neugründung der Sozialistischen Internationale zusammen. Die österreichische Partei machte sich zunächst Hoffnungen, in dieser Internationale eine wahrhaft internationalistische Politik machen zu können. Sie verließ jedoch diese Organisation, als die deutschen Unabhängigen, die französische sozialistische Partei und die Independent Labour Party (ILP) austraten. Der internationale Sozialismus begann sich stärker zu differenzieren, wobei ein Wendepunkt die Trennung der linken Flügel und ihr Anschluß an die Kommunistische Internationale war. Damit schien die Kräftekonstellation in der

Arbeiterbewegung, die sich vor allem im Krieg gezeigt hatte, feste Konturen anzunehmen. Wenigstens für einen Augenblick.

Auf der einen Seite standen die offenen Revisionisten und Reformisten, auf der anderen die Linksradikalen und Kommunisten, in der Mitte jene Gruppe, die im Krieg „weder Pazifisten noch Militaristen, sondern ein Drittes“¹⁶⁶ gewesen waren. An eine Annäherung und eine Angliederung an die Dritte Internationale dachten die „Zentristen“ keinen Augenblick. Die 21 Aufnahmebedingungen saßen wie ein Schock in ihren Gliedern.¹⁶⁷ Eine dieser Aufnahmebedingungen war der Anschluß der betreffenden sozialdemokratischen Partei an die kommunistische Partei des jeweiligen Landes. Friedrich Adler schrieb, daß es für die Mehrheit der österreichischen Arbeiterklasse klar sei, „daß sie nicht den Weg gehen kann, den die kommunistische Partei Deutschösterreichs bisher gegangen ist und weiter gehen will“.¹⁶⁸

Von der neugegründeten II. Internationale trennte sie die Tatsache, daß die in ihr zusammengeschlossenen Parteien nicht bereit waren, irgendwelche Konsequenzen aus den „sozialchauvinistischen“ Fehlern während des Krieges zu ziehen. Am Sozialpatriotismus sei die II. Internationale zugrunde gegangen und solange dieser nicht ausgemerzt sei, könne von einer wirklich lebensfähigen Internationale keine Rede sein. Die Möglichkeit, im Rahmen der II. Internationale vorwärtstreibend zu wirken, sei verbaut worden, da sie „immer eindeutiger die Auslese jener verstockten Sünder geworden (sei), die die entsetzlichen Fehler, die sie im Weltkrieg an der Arbeiterklasse begangen, auch heute noch nicht einsehen oder gar einbekennen wollen“.¹⁶⁹ Der Parteitag 1920 begrüßte daher die Initiative der Deutschen Unabhängigen, der ILP und der schweizerischen Sozialdemokratie, eine internationale Konferenz einzuberufen, die darüber beraten sollte, wie eine Weltorganisation der Arbeiterklasse geschaffen werden könnte, in der alle klassenbewußten Arbeiter vertreten wären. Auf dieser Konferenz, die vom 22. bis 27. Februar 1921 in Wien zusammentrat, wurde die Gründung einer Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) beschlossen. Sie sollte keine neue Internationale sein, sondern sollte dazu beitragen, die Erkenntnisse des notwendigen Zusammenschlusses in einer einheitlichen Organisation zu beschleunigen.¹⁷⁰ Zu diesem Zweck sollten die in ihr zusammengeschlossenen Parteien sich vereinheitlichen und gemeinsame Aktionen durchführen. Aber bereits in der Frage, wie das geschehen sollte, schieden sich die Geister. Die einen legten das Schwergewicht auf die gemeinsame Aktion unter weitgehender Zurückstellung ideologischer Meinungsverschieden-

heiten.¹⁷¹ Die anderen sahen in der Einheitlichkeit der ideologischen Auffassungen die unabdingbare Voraussetzung der gemeinsamen Aktion.¹⁷² Friedrich Adler machte den Vorschlag, die neu zu schaffende Internationale nach dem Typus des österreichischen Arbeiterrates zu schaffen. Die Arbeitsgemeinschaft sollte offen für jeden sein: „Wir konstruieren die Internationale nicht wie eine Partei, wie Moskau es will, sondern wir konstituieren die Internationale wie einen Arbeiterrat, in den die Parteien der Internationale als autonome Parteien eintreten und in dem ihre Autonomie erst nachträglich durch Beschlüsse der Gesamtheit beschränkt werden kann.“¹⁷³ Daß eine solcherart gebildete „Arbeitsgemeinschaft“ zu keinem einheitlichen Handeln kommen konnte, zeigte sich bereits auf der Gründungskonferenz, wo die Engländer der Hauptresolution nicht zustimmen wollten, weil sie über den Weg zum Sozialismus eine besondere Auffassung hätten.¹⁷⁴ Es wurden daher Resolutionen beschlossen, an die man sich halten konnte oder auch nicht. Insgesamt war die Gründungskonferenz voll von Widersprüchen und Halbheiten und war mehr ausgerichtet auf die Abwehr von Angriffen, die von seiten der Kommunisten kamen, als auf die Herstellung von gemeinsamen Auffassungen über Grundsätze und Aktionen.¹⁷⁵ Die Hauptpunkte, auf die man sich einigen konnte, waren die Durchführung von gemeinsamen Demonstrationen und die Errichtung eines Informationsbüros. Letzteres schien Friedrich Adler als eines der wichtigsten Mittel zu sein, um die Bindungen zwischen den Parteien der „Arbeitsgemeinschaft“ zu stärken, denn die falsche Berichterstattung in der bürgerlichen Presse hätte nicht unerheblich dazu beigetragen, eine falsche Meinung über die Politik der sozialistischen Parteien zu bilden. Daher sei es die Aufgabe des Exekutivkomitees, einen Informationsdienst zu schaffen, der die Verständigung ermöglicht. „Wenn diese Verständigung gelingt, werden wir immer mehr zu einer praktisch aktionsfähigen Einheit werden.“¹⁷⁶ Kein Wunder, daß die Kommunisten diese Arbeitsgemeinschaft mit Spott und Hohn übergossen.¹⁷⁷ Sie trug bereits bei ihrer Gründung den Keim des Todes in sich. In der praktischen Politik standen alle in ihr vereinigten Parteien auf dem Boden des Reformismus. In ihren theoretischen Positionen wollten sie jedoch zu den alten Grundauffassungen zurück. „Wir wenden uns zur marxistischen Auffassung zurück zu unseren Kongressen von gestern, zu unseren Grundsätzen von gestern und sagen uns in diesem Sinne: wir müssen eine Basis für die internationale Aktion wiederfinden.“¹⁷⁸ Die politische Praxis dieser Parteien war aber längst schon über diese Grundsätze hinweggeschritten und die Phrase ließ sich immer weniger mit der Wirklichkeit in Übereinstim-

nung bringen. So war es hauptsächlich die Ideologie, durch die sich die „Arbeitsgemeinschaft“ von der Berner Reformisteninternationale unterschied. Friedrich Adler sah den Unterschied darin, daß das Zentrum noch an den Sieg der sozialen Revolution glaube, während die anderen „den Glauben an die Notwendigkeit der sozialen Revolution ersetzt (hätten) durch den Glauben an den allein selig machenden Reformismus“.¹⁷⁹ Unterscheidungsmerkmal war demnach die Ideologie, der „Geist“, in dem Politik gemacht wurde. Der „Sozialpatriot“ Camille Huysmann traf daher den Kern der Sache, wenn er über die „Zentristen“ sagte: „Sie denken wie wir und sprechen wie die Moskauer.“¹⁸⁰

Bereits der erste Versuch, eine Aktionseinheit herzustellen, die über die in der IASP zusammengeschlossenen Parteien hinausging, scheiterte. Es gelang zwar, für den April 1922 eine Konferenz der Vertreter der Exekutivkomitees der drei Internationalen einzuberufen, aber diese Konferenz beschäftigte sich nicht wie geplant mit den Fragen der gemeinsamen Aktion gegen die erstarkende Reaktion. Der Vertreter der II. Internationale, Vandervelde, attackierte in äußerst scharfer Form die Vertreter der Komintern¹⁸¹, die sich zurückhaltend verhalten hatten¹⁸², und stellte für das Zustandekommen einer Aktionseinheit Bedingungen, die für die Kommunisten unannehmbar waren. Das „Zentrum“ war in einer verzweifelten Lage und versuchte zu balancieren. Otto Bauer meinte, man könne nicht einfach Bedingungen diktieren, so käme man zu keiner Einheit.¹⁸³ In den Debatten stellte es sich jedoch heraus, daß es zwei Hauptlager gab, zwischen denen die IASP nicht länger scheinbare Neutralität wahren konnte, wollte sie nicht zerrieben werden. Im Verlauf der Konferenz rückte sie immer mehr auf die Seite der offenen Reformisten und mit der Sprengung der Konferenz durch die Komintern¹⁸⁴ war das Zwischenspiel einer selbständigen „zentristischen“ Internationale faktisch beendet. Es begann der offene Annäherungsprozeß an die Zweite Internationale, das Zentrum als selbständige politische Richtung verkümmerte zu einer ideologischen Strömung.

Deutlich wurde dies in der Rolle, die sich das „Zentrum“ nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Internationalen in der 1923 in Hamburg gegründeten Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) zumaß.

Die Begründung der Zusammenlegung gab die erstarkende Reaktion, die den Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte über alle ideologischen Differenzen hinweg notwendig machte.¹⁸⁵ Den Anstoß dazu gaben die Vereinigungen der linkssozialistischen Abspaltungen mit der Mutter-

partei in einer Reihe von Ländern. Das hatte wesentliche Auswirkungen für die Organisation der Internationale. Die deutsche Sozialdemokratie gehörte durch die Vereinigung der USP mit der MSP sowohl der II. Internationale als auch der „Arbeitsgemeinschaft“ an. Ebenso die ILP, die italienische und die jugoslawische Partei keiner. „Gerade jene Parteien, die sich in organisatorischer Beziehung in der eben erwähnten Halb- oder Doppelstellung befanden, waren politisch die bedeutsamsten.“¹⁸⁶ Dieser chaotische Zustand war nicht länger tragbar, er drängte zum Zusammenschluß der beiden internationalen Organisationen. Als stabiler hatte sich die Internationale der Reformisten herausgestellt, in der die „Arbeitsgemeinschaft“ aufging. Das versuchte man damit zu rechtfertigen, daß die Massen reformistisch geworden seien und die Frage laute: „Kann die Internationale gebildet werden mit den reformistischen Massen oder gegen sie?“¹⁸⁷ Selbstverständlich entschied sich das „Zentrum“ für die „Massen“ und damit für die Zweite Internationale. Nicht die Partei hätte im Verlauf dieser Jahre ihren Charakter geändert. Vielmehr müsse sie den Massen folgen, um sie aus ihrem Reformismus wieder zurück zu revolutionären Grundsätzen zu führen.

Für die Politik in der Internationale hatte Friedrich Adler in seinem Artikel über die Einigung der deutschen Sozialdemokratie bereits den Weg gewiesen.¹⁸⁸ Die Aufgabe der linken Sozialdemokraten bestehe nicht darin, eine etwas anders geartete Politik durchzuführen, denn in Zeiten drohender Reaktion seien alle sozialdemokratischen Kräfte gezwungen, einheitlich zu handeln. Die Frage, ob dann die Linke noch eine Funktion hätte, beantwortete er damit, daß sie die Aufgabe hätte, „den Gedanken der sozialen Revolution im Bewußtsein der Massen lebendig zu erhalten, ihr obliegt die Wahrung der Zukunftsinteressen des Proletariats, sie ist die Trägerin der wahrhaft sozialdemokratischen Ideologie“.¹⁸⁹

Da es nicht auf unterschiedliche Politik, sondern auf die Bewahrung der „revolutionären Ideologie“ ankam, war die nächste Frage die nach den organisatorischen Formen der Ideologievermittlung. Adler sah in England das nachzuahmende Beispiel. Die Labour Party sei die Massenpartei der englischen Arbeiter, sie vertrete deren „Gegenwartsinteressen“, in ihr und „sie mächtig beeinflussend aber wirkt die Independent Labour Party für die großen Ziele des Sozialismus“. Die positive Seite zeige sich allein schon darin, daß die ILP bei den Kongressen „die geistige Führung“ innehabe.¹⁹⁰ Da sich in den meisten Ländern eine ähnliche Entwicklung wie in England zeige, seien die Bedingungen für die Neubildung einer Internationale günstig. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben,

die sozialistischen Parteien auf der Basis gemeinsamer Prinzipien in einer Internationale zusammenfassen zu wollen. Diese Konzeption sei der alten Vorkriegsinternationale zugrunde gelegen und habe gründlich Schiffbruch erlitten. Die Grundlage des Zusammenhalts seien die „gemeinsamen Gegenwartskämpfe“.¹⁹¹ Man solle sich daher auf dem kleinsten Gemeinsamen zusammenschließen, wobei jeder Partei die Möglichkeit offenstünde, Grundsätze aufzustellen, die über das gemeinsame Programm hinausgingen.¹⁹² Die neue Internationale wurde daher konsequenterweise als „Internationale des täglichen Lebens“¹⁹³ bezeichnet. Das marxistische Zentrum entfaltete darin seine Tätigkeit, indem es aufmerksam machte, „über den Gegenwartsaufgaben die Zukunftsinteressen nicht zu vergessen“. Auch die „geistige Führung“ durch das Zentrum war verwirklicht. Das geschah auf den internationalen Kongressen in Form von Diskussionsbeiträgen, die sich in Resolutionen niederschlugen, die natürlich keinerlei verbindlichen Charakter hatten. Das war auch nicht so bedeutsam, denn es ging ja um die Aufrechterhaltung des „sozialistischen Bewußtseins“, nicht um eine konsequente Politik.

Der Hamburger Einigungskongreß 1923 bot kein großartiges Bild. Im Aufruf zum Kongreß hieß es, daß die internationale Organisation noch keine Einheit des Handelns herstellen könne. Auch eine Einheit in grundsätzlichen Fragen sei noch nicht möglich. Der Aufbau der Internationale müsse hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien. Das bedeute ein großes „geistiges Ringen“ und das „bedarf der Zeit“.¹⁹⁴

In den Diskussionen versuchte man zwar den vorhandenen Differenzen aus dem Wege zu gehen und konzentrierte sich auf das Problem der Abwehr der drohenden Reaktion. Aber auch hier brachen die Gegensätze auf. Die einen wollten dieser Gefahr durch verschärfte Oppositionspolitik begegnen, die anderen durch schnelleres Herankommen an die Regierungsgewalt. Es war der Widerspruch zwischen Koalition und Opposition, der die Internationale durchzog und der seinen Ausdruck auch in den Statuten fand. Im Paragraph 15 hieß es, daß beim Eintritt eines Exekutivmitglieds in ein Ministerium seine Mitgliedschaft in der Exekutive erlischt. Nach dem Austritt aus der Regierung sei eine Wiederwahl möglich.¹⁹⁵ Friedrich Adler erläuterte das folgendermaßen: „Diese Bestimmung bedeutet weder eine Anerkennung noch eine Ablehnung von Koalitionsregierungen, sie ist nur eine praktische Maßnahme, um die Exekutive der neuen Internationale von dem Problem des Ministerialismus zu verschonen.“¹⁹⁶ Das Bestreben, strittige Probleme zu umgehen, wurde hier

auf die Spitze getrieben und die Ausführungen Adlers entbehren nicht einer gewissen Komik. Sie enthüllen gleichzeitig die Tragik von Sozialisten, die sehen, wie ihrer Ideologie immer mehr der Boden unter den Füßen weggezogen wird, wie sie sich immer mehr von der Wirklichkeit entfernt. Diese Wirklichkeit war der Reformismus und der wurde nicht besser, wenn man ihm „sozialistischen Geist“ aufpfropfte.

Von den 1921 auf der Wiener Konferenz aufgestellten Leitsätzen blieb nicht mehr viel übrig. Die revolutionären Phrasen verschwanden und auch die Aufgaben bezüglich der Vereinigung der Arbeiterbewegung wurden enger gesteckt.¹⁹⁷ Im Paragraph 2 der IASP war immerhin von der Vereinigung der gesamten revolutionären Arbeiterschaft die Rede gewesen, der Paragraph 2 der SAI sprach nur mehr von der Vereinheitlichung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Auch wenn man sich bemühte, keine „alten Wunden aufzureißen“, verschärfen sich sehr bald die Gegensätze innerhalb der SAI, die sich hauptsächlich um die Frage Sowjetrußlands und der Koalitionsbeteiligung drehten. In bezug auf Sowjetrußland vertrat der linke Flügel die Position der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, während der rechte Flügel eine offene Bekämpfung des Bolschewismus auch in Rußland für notwendig hielt. Das waren aber nicht die entscheidenden Fragen, denn die drehten sich um das alte Problem: Koalition oder Opposition.

Bereits auf dem Zweiten Kongreß der SAI waren die offenen Reformisten klar zum Zug gekommen. Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtete über die Arbeit einer Kommission, die sich um die Lösung auf einem Gebiet bemühte, „das man früher mit dem Namen Reformismus bezeichnete. Die ganze Fragestellung war von der Staatsnähe oder, wenn man es so haben will, von der Regierungsnähe vieler Parteien der Internationale bestimmt“.¹⁹⁸ Immer deutlicher wurde die Entwicklung der sozialistischen Parteien zu reinen Reformparteien. Dem suchte man dadurch Rechnung zu tragen, daß man den Gegensatz zwischen Revolutionären und Reformisten als nicht mehr zeitentsprechend darstellte. Es gehe nicht mehr um die Frage Reform oder Revolution, sondern darum, wie die Reformpolitik durchgeführt werden sollte.

Vor dem Kriege hätten sich in der Internationale Revolutionäre von den Reformisten geschieden. „Heute, durch die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts belehrt, wissen wir alle, daß die soziale Revolution nur eine lange Kette immer größerer, immer einschneidenderer Reformen sein kann, die das Proletariat, den Blick auf das Endziel gerichtet, dem Kapitalismus abringt. Heute, da sich die Arbeiterklasse ansammelt, in vielen

Ländern die Hand an die ersten dieser Reformen zu legen, ist es die Ansicht über den besten Weg, auf dem dies nunmehr geschieht, die nunmehr die Geister scheidet.“¹⁹⁹

Reform oder Revolution, das war kein Diskussionspunkt in der Sozialistischen Internationale mehr. Diese Alternative schied die Kommunisten von den Sozialdemokraten. Für diese ging es darum, wie die Reform durchzuführen ist: durch Koalitions- oder Oppositionspolitik.

III. DAS LINZER PROGRAMM

1. Der Weg zur Macht

Auf dem Hintergrund dieser taktischen Differenzen entstand auch das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie, das 1926 auf dem Parteitag in Linz beschlossen wurde und als „Linzer Programm“ in die Geschichte einging. Es trat an die Stelle des 1901 verabschiedeten „Wiener Programms“ und sollte die Erfahrungen der Partei seit der Gründung der Republik zusammenfassen sowie die aktuellen Kampfziele auf der Basis gemeinsamer Grundauffassungen festlegen.²⁰⁰ Bereits auf dem Parteitag 1920 war gefordert worden, das Programm einer Revision zu unterziehen. Otto Bauer und Friedrich Adler anerkannten die Notwendigkeit einer Änderung, da sich die Stellung der Arbeiterklasse im Staat gewandelt habe, die Sozialdemokratie seit der Republikgründung auf neuem Kampfboden stehe und das nächste strategische Ziel nicht mehr die Eroberung der Demokratie, sondern die Erkämpfung des Sozialismus sei. Sie wiesen aber auf prinzipielle Schwierigkeiten bei der Erfüllung dieser Aufgabe hin. Die kurze Zeitspanne seit Kriegsende lasse es nicht zu, alle Erfahrungen der Revolutionsperiode so zusammenzufassen und so zu verallgemeinern, daß sie als Grundlinie der Politik der Gesamtpartei dienen könnten. Es sei zwar möglich und notwendig, Aktionsprogramme für den Tageskampf zu erstellen, aber eine Änderung des theoretischen, des prinzipiellen Teils des Programms sei verfrüht.²⁰¹

In der Folgezeit wurden immer häufiger Stimmen laut, die nach einer Neuformulierung der politischen Grundsätze und Ziele drängten. Brennend wurde dieses Problem vor allem für die auf dem Land tätigen Sozialdemokraten, die ohne jegliche Orientierung dastanden, da in der Vorkriegszeit die Agrarfrage vollkommen vernachlässigt worden war.²⁰² Der entscheidende Schritt zur Schaffung des neuen Programms wurde 1924 auf dem Salzburger Parteitag getan, der den Antrag des Parteivor-

standes zur Revision des Parteiprogramms annahm.²⁰³ Dieser Entschluß war vor allem aus dem Wahlerfolg 1923 hervorgewachsen, der die Hoffnung weckte, in Kürze die rote Fahne auf dem Parlament hissen zu können.²⁰⁴ Auf dem Parteitag 1924 wurde die 1923 ausgegebene Orientierung des Kampfes um die politische Macht und die Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus erneut bekräftigt. Das neu zu schaffende Programm sollte ein wichtiges Mittel bei der Erfüllung dieser Aufgabe sein: als „Programm der Machteroberung“ sollte es alle Sozialdemokraten mit dem Gedanken ausrüsten, daß der Sozialismus „nicht mehr Entwicklungstendenz, sondern praktische Aufgabe“²⁰⁵, nicht mehr Zukunft, sondern Gegenwart sei.

Als vordringlich wurde die Festlegung der programmatischen Grundsätze in der Agrarpolitik betrachtet, damit der bei den Wahlen 1923 erzielte „Einbruch ins Landvolk“ abgesichert und weiter ausgebaut werden könnte.²⁰⁶ Am Parteitag 1925 wurde das Agrarprogramm angenommen, das den 1924 ausgegebenen Richtlinien weitgehend entsprach.²⁰⁷ Es wurde 1926 in das neue Parteiprogramm eingegliedert. Ausgehend von den Tagesinteressen der bäuerlichen Bevölkerung versuchte es zu allen Einzelfragen detailliert Alternativvorschläge zur bürgerlichen Agrarpolitik zu liefern²⁰⁸ und wollte „von den nächsten kleinen Tagesforderungen des proletarischen Landvolkes bis zu den großen Menschheitsproblemen des Sozialismus führen“.²⁰⁹

Dem Parteitag 1926 sollte es vorbehalten bleiben, die restlichen Einzelfragen aktueller, praktischer Politik endgültig zu klären und die „allgemeine Revision des Programms“, die Ergänzung und Umformulierung des prinzipiellen Teils unter Berücksichtigung der internationalen Erfahrungen zu vollziehen. In diese Arbeit sollte die ganze Mitgliedschaft einbezogen werden, damit wirklich das zusammengefaßt werden könnte, was als kollektive Erfahrung allen gemeinsam sei. Die Diskussionen über Einzelfragen waren als Schulungsmittel gedacht, um die „fünf Sechstel der Parteimitgliedschaft zu wirklichen Sozialdemokraten (zu) erziehen“²¹⁰, die erst nach Kriegsende zur Partei gestoßen waren. Sie seien zur Sozialdemokratie gestoßen aus Klasseninstinkt, aber allgemeine Begeisterung für den Sozialismus genüge nicht. Um im Kampf um die Macht vorwärtszukommen, brauche man geschulte und erfahrene Sozialdemokraten, die jederzeit und bei jeder Gelegenheit für die sozialistischen Ziele werben und die Menschen davon überzeugen können.²¹¹ Das Programm sollte alle zusammenschweißen zu einer einheitlichen Auffassung und zu einem einheitlichen Ziel. Klarheit in den Gegenwartsaufgaben und Begeisterung für das

sozialistische Endziel verwandle die Sozialdemokratie in eine unbesiegbare Kraft.²¹²

Ausgangspunkt und Leitgedanke, der das ganze Programm durchzog, war die Auffassung, daß „die Eroberung der politischen Macht nicht mehr als Traumziel für ferne Zeiten erscheint, sondern als Aufgabe, die wir uns unmittelbar stellen können als eine geschichtliche Aufgabe dieser Generation der Arbeiterklasse“.²¹³ Die Tatsache, daß eine Änderung des Programms notwendig geworden sei, zeige den „Riesenweg“²¹⁴, den die österreichische Sozialdemokratie seit ihrer Gründung gegangen sei. Dabei ließen sich folgende drei Stufen ihres Aufstieges feststellen: „Die erste ist die der Erweckung und Sammlung des Proletariats, das sich zum Klassenbewußtsein durchringt: das war das Programm von Hainfeld. Die zweite ist die des Aufbaus der sozialdemokratischen Parteien, die zum geordneten Kampfe um die Rechte der arbeitenden Menschen, um das Wahlrecht, um den Achtsturentag aufmarschierten: das bedeutete das Programm von Wien. Die dritte ist die des entscheidenden Ansturms gegen die bürgerliche Herrschaft, des Kampfes um die Macht: das ist das Programm von Linz, das Programm der Machteroberung.“²¹⁵

Der Linzer Parteitag sei der erste sozialistische Parteitag der Welt, der die Realisierung des Sozialismus nicht als Wunsch oder Hoffnung, sondern als Angelegenheit der Realpolitik betrachte. Aus dem Programm sehe man förmlich den Sozialismus hervorwachsen und „lebendig pulsierende Gestalt annehmen.“²¹⁶ Der sozialistischen Jugend würde die Aufgabe der Verwirklichung des Sozialismus zufallen und sie gelte es vor allem für dieses Programm zu gewinnen. Bei der Beschlußfassung über die Revision des alten Programms hatte Otto Bauer gesagt: „So wollen wir diese programmatische Arbeit leisten, für diese Jugend und mit dieser Jugend, so daß das Programm, das aus diesen Arbeiten hervorgehen wird, Lebensinhalt dieser Jugend werden soll, schaffen also mit dem nüchternen Realismus, der diese kriegsgeborene Jugend auszeichnet, aber auch schaffen im Geiste der Jugend, das heißt in dem Enthusiasmus für das Große, das da werden soll, in dem das Kleine nur ein Mittel zum Ziele sein darf.“²¹⁷

Die Struktur des Programms war ganz von der Vorstellung geprägt, daß der Sozialismus ein Gegenwartsproblem sei. Die Vorkriegsprogramme, die die Machtfrage nicht gestellt hatten, waren in zwei streng voneinander getrennte Teile gegliedert gewesen. Im ersten Teil wurden die Grundauffassungen zusammengefaßt und das Endziel genannt. Im zweiten Teil wurden jene Forderungen gestellt, die innerhalb des Kapita-

lismus durchgesetzt werden sollten, um der Arbeiterklasse Ellenbogenfreiheit für ihren weiteren Kampf zu schaffen. Aktions- und Grundsatprogramm waren voneinander getrennt.

Diese Trennung wurde im Linzer Programm aufgehoben, das Aktionsprogramm wurde auch formal integrierender Bestandteil des Gesamtprogramms. Der Abschnitt „Die nächsten Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ findet sich zwischen dem Abschnitt „Der Kampf um die Staatsmacht“ und dem Abschnitt „Der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung“. Die Tagesforderungen sollten nicht mehr wie bisher ausschließlich an die bürgerlichen Regierungen gerichtet werden, sondern positiv über die kapitalistische Gesellschaftsordnung hinausweisen. Das Aktionsprogramm theoretisch im Kapitalismus zu verwirklichen, war praktisch als sozialistisches Regierungsprogramm für die erste Phase des Übergangs zum Sozialismus gedacht.

Anlässlich der Verabschiedung des Heidelberger Programms der deutschen Sozialdemokratie (1925), das sich an die Vorkriegsprogramme anlehnte, meinte die „Arbeiter-Zeitung“, daß es infolge der veränderten Bedingungen nicht mehr gehe, dem Endziel die Gegenwartsforderungen gegenüberzustellen. Das wichtigste in einem neuen Programm sei der Abschnitt, wie der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen sei. Das fehle dem deutschen Programm.²¹⁸ Die Österreicher wollten es anders machen, ihr Programm sollte diesen Weg weisen. Die Aktionsforderungen an den kapitalistischen Staat leiteten über zu den Aufgaben der sozialistischen Regierung in der ersten Phase der Übergangsperiode. Diese Periode selbst werde Generationen dauern²¹⁹, Elemente des Kapitalismus und des Sozialismus würden nebeneinander bestehen. Mit der Durchführung des Aktionsprogramms würden die kapitalistischen Elemente allmählich zurückgedrängt und der Weg freigelegt für die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dieses Aktions- und Übergangsprogramm hatte die doppelte Funktion: solange die Sozialdemokratie noch nicht an der Macht war, stellte es die Grundlage dar, auf der der Politik der bürgerlichen Parteien entgegenzutreten war. Gleichzeitig sollte es die Leitlinie für die erste sozialdemokratische Regierung bilden, die nur insoweit sozialistische Maßnahmen einleiten könnte, als die „nationalen und internationalen Machtverhältnisse“ dies zuließen.²²⁰

Otto Bauer begann seine für die Interpretation des Programms grundlegende Rede auf dem Linzer Parteitag mit der Analyse der Weltlage des Kapitalismus und kam zu dem Schluß, daß sich der Kapitalismus in Europa seit dem Kriegsende zwar habe stabilisieren können, aber seine

Herrschaft nicht gesichert sei. Die Arbeiterklasse müsse mit der Möglichkeit „sprunghafter, ruckhafter Machtverschiebungen zwischen den Klassen“²²¹ rechnen, in deren Verlauf sie sich weiter in die Offensive schieben könne. Vor allem in Österreich seien die Bedingungen günstig, da die österreichische Arbeiterklasse nach der Revolution von ihren Machtpositionen zwar etwas zurückgedrängt, aber nie „wirklich geschlagen“ worden sei und eine im Vergleich zu den anderen Ländern „außerordentlich große Machtstellung bewahrt“ habe.²²² Der herrschenden Auffassung zufolge war die Sozialdemokratie der Bourgeoisie bereits so nahegerückt, daß diese ihre Herrschaft nur noch durch den Zusammenschluß all dessen, was bürgerlich denke und fühle, aufrechterhalten könne.²²³ Die Schaffung der demokratischen Republik habe nicht eine bloß vorübergehende Stärkung der Sozialdemokratie bedeutet, sondern sei der Beginn eines „neuen dauernden Aufstieg(es)“ gewesen.²²⁴

Dem neuen Programm fiel die Aufgabe zu, der sozialdemokratischen Offensivbewegung das strategische Ziel und den Weg dorthin zu weisen. Dieser Weg zur Macht verlief in zwei Spuren: zum einen auf der weiteren Festigung der Einheit der Arbeiterklasse²²⁵, zum zweiten in der Herstellung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum.

Unter Arbeiterklasse wurden nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die Landarbeiter sowie die Angestellten und die Beamten zusammengefaßt. Darin, daß der Begriff Arbeiterklasse nicht mehr so eng gefaßt wurde wie früher, unterscheidet sich das neue von den alten Programmen.²²⁶ Die Sozialdemokratie war nicht mehr nur die Partei des Industrieproletariats und wollte es auch nicht mehr sein. Wenn Otto Bauer bekräftigte: „Wir sind die Partei der Arbeiterklasse, wir wollen nichts anderes sein und wollen nie etwas anderes werden als die Partei der Arbeiterklasse“²²⁷, so gibt das weniger Aufschluß über die soziale Zusammensetzung der Partei als über die grundsätzliche Gegnerschaft zum bürgerlichen Lager. Diese Formulierung diente primär der Abgrenzung der Sozialdemokratie von der Bourgeoisie. Darüber hinaus konnten mit dieser Formulierung innerparteiliche Interessensgegensätze verkleistert werden. Durch das Festhalten am Begriff Arbeiterklasse — im Programmentwurf war von den „arbeitenden Volksklassen“ die Rede gewesen²²⁸ — konnte der Anschein erweckt werden, als sei die Sozialdemokratie noch die alte revolutionäre Partei des Proletariats der Gründerjahre. Durch die Erweiterung dieses Begriffs auf die Angestellten und Beamten, durch eine „richtige und vernünftige“ Auslegung dieses Begriffs²²⁹ trug er gleich-

zeitig ihrer Wandlung Rechnung. Beide Richtungen innerhalb der Partei konnten damit oberflächlich zufriedengestellt werden, und die real vorhandenen Gegensätze in der Einschätzung des Charakters und der Politik der eigenen Partei waren übertüncht.

Wesentlich wichtiger für die sozialdemokratische Politik war aber, daß infolge der Bezeichnung der Angestellten und Beamten als Teil der Arbeiterklasse diese Schichten als „eigentlich“ zur Sozialdemokratie gehörig betrachtet wurden. Der gängigen Meinung zufolge war es nur der Einfluß der bürgerlichen Presse und des Klerikalismus, daß sie sich dessen noch nicht bewußt seien. Den Grundgedanken des Linzer Programms zu Ende gedacht, müßten sie im Zuge verstärkter Aufklärungsarbeit früher oder später diesen ihren Platz einnehmen und die Gefahren wären beseitigt, daß sie eine Stütze der Reaktion und des Faschismus werden könnten. Einheit der Arbeiterklasse, das bedeutete Einheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Die zweite Spur, die zur Macht führen wollte, war die Herstellung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter der Hegemonie, unter der Führung der Arbeiterklasse. Diese Konzeption war, wie Bauer bekannte, von den Bolschewiki entlehnt.²⁹⁰ Während die Führung der Bauernschaft durch die Arbeiterklasse die Bolschewiki an die Macht gebracht und sie an der Macht gehalten hatte, trug die schlecht geglückte Nachahmung dieser Politik durch die Austromarxisten nicht unwesentlich zu ihrem politischen Scheitern bei. Otto Bauer betonte, daß man auf die Gewinnung dieser Zwischenschichten zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht verzichten könne, denn das bedeute, auf die Eroberung der politischen Macht verzichten. Aber in Wirklichkeit sah er nicht in der Machtfrage das Hauptproblem, sondern in der Erhaltung der „Reinheit“ seiner „proletarischen“ Partei. Er fragte, ob nicht durch die Gewinnung von kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen „der eigentliche Charakter unserer Partei, das, was sie auszeichnet, was allein ihre historische Mission begründet, ihr Charakter als Arbeiterpartei darunter leidet? Hier liegt das wirkliche Problem“.²⁹¹ Er schloß direkt von der sozialen Zusammensetzung auf die Politik der Partei, während etwa Lenin die Politik der Führung als Kriterium für die Bestimmung des Charakters einer Partei nahm.²⁹² Für Lenin war der Begriff „bürgerliche Arbeiterpartei“ daher kein Widerspruch, sondern die korrekte Kennzeichnung einer Partei, die sich sozial hauptsächlich aus Arbeitern zusammensetzte, die aber unter der Führung von bürgerlichen, von reformistischen Politikern stand.

Bei der Herstellung des Bündnisses mit den Bauern stand für Lenin die Frage, ob es eine solche Übereinstimmung der Interessen geben kann, daß die Herrschaft der Arbeiterklasse die Unterstützung der Bauern findet. Die Arbeiterklasse müsse die wesentlichen Forderungen der Bauernschaft vertreten und so könne eine gemeinsame Kampffront aufgebaut werden. Für Otto Bauer war jedoch die Herstellung eines solchen Bündnisses nicht primär eine politische Frage, sondern ergab sich mehr oder weniger zwangsläufig aus der Entwicklung der Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Herausbildung schroffer Fronten führe zum Verschwinden von Bauernparteien und lasse den Bauern nur noch die Wahl zwischen Bourgeoisie oder Proletariat.

Das war etwas ganz anderes als die Bolschewiki damit meinten. Diese hatten das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft angestrebt und verwirklicht, noch lange ehe sich in Rußland der Kapitalismus so weit entwickelt hatte, daß selbständige Bauernparteien unmöglich geworden waren. Die Bolschewiki konnten ihren Sieg erringen, weil sie gerade das Programm der Sozialrevolutionäre übernahmen und es auch verwirklichten.²³³ Das war das Programm der Bauern. Otto Bauer hatte nun aber in seinen Rußland-Analysen nachgewiesen, daß sich in Rußland der Kapitalismus noch gar nicht herausgebildet habe²³⁴, und von daher war es nur natürlich, daß unter Hegemonie des Proletariats, wie die Bolschewiki und die Austromarxisten sie verstanden, etwas ganz anderes gemeint wurde.

Die Hegemonie des Proletariats, von der Bauer sprach, war in der Tat etwas spezifisch Österreichisches, ein Produkt des Austromarxismus. Die Austromarxisten wollten über der „österreichischen Miserabilität“ die „Weltprobleme des Sozialismus“ nicht vergessen²³⁵ und aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung das Positive herausnehmen und sich aneignen. So kam es, daß mit dem Konzept der Hegemonie des Proletariats jener Gedankengang umschrieben wurde, den Bauer bereits 1923 auf dem Parteitag skizziert hatte: mit der Umwandlung der Christlichsozialen Partei aus einer Partei des Kleinbürgertums in eine Kapitalistenpartei stehe für die Mittelschichten nur noch offen, sich entweder der Partei der Arbeiterklasse oder der bürgerlichen Partei zuzuwenden. Dazwischen gebe es nichts mehr, eine eigene Bauernpartei sei weder vorhanden noch könne eine neue geschaffen werden. In Linz hatte dieses Konzept einen neuen und berühmten Namen gefunden.

Auf dieser Einschätzung beruhte denn auch der „Kampf um das Landvolk“. Da der ganze Gang der Entwicklung die Alternative stellte: entweder mit der Bourgeoisie oder mit dem Proletariat, brauchte eine ernst-

hafte Politik unter den Bauern in Wirklichkeit gar nicht gemacht zu werden. Die Zwischenschichten würden in den Sog der vorwärtsmarschierenden Sozialdemokratie hineingerissen werden: „Je schärfer der Gegensatz zwischen beiden wird, je heftiger das Proletariat den Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals führt, desto breiter, meint der Entwurf, wird die Zahl der Angehörigen jener Mittelschichten, die sich um die Sozialdemokratie scharen.“²³⁶ Diese Menschen, die aus der „Indifferenz herausgerissen und in unseren Marsch hineingezogen werden“²³⁷ gelte es in die Denkweise der Sozialdemokraten einzuführen und in ihre festen Abteilungen einzugliedern.

Die Verschärfung der politischen Gegensätze war dieser Ansicht zufolge bis zu einem gewissen Grad positiv, denn dadurch würde die Arbeiterklasse der Mehrheit näherrücken. Allein die Sozialdemokraten auf dem Land befürchteten, daß dadurch die Bauern abgestoßen und sich enger um die bürgerlichen Parteien zusammenschließen würden.

In der Theorie umfaßte der Kampf um die Macht die Erfüllung zweier Aufgaben: die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Herstellung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Bauern. In der Praxis fielen diese beiden Aufgaben in eine einzige zusammen. Das zeigte sich sehr deutlich bei der politischen Arbeit auf dem Land. Da spielte es keine Rolle, ob einer ein Landarbeiter oder ein Kleinbauer war, es war stets vom „Kampf um das Landvolk“ die Rede. Darüber hinaus war man stets bemüht, den Bauern zu erklären, daß die Sozialdemokratie keine Herrschaft über die Bauern ausüben wolle. In der praktischen Arbeit spielte das Konzept der proletarischen Hegemonie überhaupt keine Rolle. Hier ging es um die Frage von Religion und Kirche. Auf dem Parteitag in Linz gab es hierüber die heftigste Debatte.

Bezeichnenderweise war es gerade Otto Bauer, der hier eine gemäßigte Position gegenüber den sozialistischen Freidenkern vertrat und den obligaten Kompromiß zu deren Ungunsten herstellte. Er stand dabei vor dem Problem, die Freidenker, die „manchen Schaden“ in der Landagitation angerichtet hatten²³⁸, nicht vor den Kopf zu stoßen und trotzdem die Partei vor ähnlichen Rückschlägen zu bewahren. Er legte dar, daß die Ursachen der Religion in der bestehenden Gesellschaftsordnung zu suchen seien und die Menschen sich von den Fesseln des Klerikalismus und der Religion endgültig erst im Sozialismus befreien könnten. Der Weg zur geistigen Befreiung sei daher der Weg des Klassenkampfes, des Sturzes des Kapitalismus.²³⁹ Man dürfe daher die Menschen, die noch an der Religion festhielten, nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus abhalten, nur weil sie

ideologisch noch im Banne des Klerikalismus stünden. Im Zuge des sozialistischen Aufbaus würden die alten Vorurteile zerbrechen und die Menschen würden sich allmählich ein wissenschaftliches Weltbild aneignen.²⁴⁰ Die Freidenker könnten daher ihre Arbeit innerhalb der Partei machen, aber nach außenhin gelte der Grundsatz: „Religion ist Privatsache.“²⁴¹ Niemand dürfe von der Sozialdemokratie ferngehalten werden, nur weil er Anhänger einer Religion sei. Die Arbeiterklasse müsse einig sein, um an die politische Macht heranzukommen. Der Kampf müsse so geführt werden, „daß wir es dem Klerikalismus nicht erlauben, das Proletariat in einem Streit um religiöse Anschauungen zu spalten“.²⁴²

Diese Linie setzte sich durch und diese Haltung sollte nach Meinung der Parteitagmehrheit richtungsweisend für die Eroberung der Parlamentsmehrheit sein. Für die praktische Politik waren nicht die großen Reden über die „Hegemonie des Proletariats“, sondern die Festlegung des Auftretens gegenüber der Kirche ausschlaggebend.

2. Demokratie und Diktatur

Nachdem Bauer das „Kampfgelände“ umrissen und „den Aufmarsch der Klassen zum Kampf“ skizziert hatte, ging er daran, zu bestimmen, wie der Kampf zu führen, „wie die Schlacht zu schlagen, mit welchen Mitteln der Gegner zu besiegen“²⁴³ sei. Er faßte das Grundproblem an, das die internationale Arbeiterbewegung zerrissen hatte: die Frage der proletarischen Diktatur.

Die Alternative „Demokratie oder Rätssystem“ war zwar bereits 1919 zugunsten der bürgerlichen Demokratie entschieden worden, aber damals war — wie Bauer betonte — die Haltung der Sozialdemokratie zu diesem Problem nicht grundsätzlich, sondern durch „Opportunitätsargumente“ bestimmt worden.²⁴⁴ Eine prinzipielle Stellungnahme war für die linke Sozialdemokratie damals nicht nur wegen der Unsicherheit in der Einschätzung der Weltlage²⁴⁵ nicht möglich gewesen, sondern hätte auch den Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Parteiführung und den radikalisierten Arbeitermassen aufgerissen. „Wir haben damals nicht gesagt: wir lehnen den Weg der Gewalt grundsätzlich ab! Wir wollen den Weg der Demokratie gehen! Denn eine solche Argumentation wäre damals..., als das Fühlen und Denken der Massen noch völlig unter dem aufwühlenden Druck der Kriegserlebnisse stand, in stärkstem Widerspruch zu ihrem Denken und Fühlen gestanden.“²⁴⁶ Das zu verhindern war aber zeitlebens Otto Bauers höchstes politisches Ziel.